

Morsbacher Rundblick



Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Schule und Bildung: Die Richtungswahl am 09.05.2010!



Vorsicht ! Hier spricht der CDU-Politiker:

Staatssekretär Winands erklärte auf der 2. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Arnsberg im Jahr 2007, dass - örtlich zwar unterschiedlich - aber grundsätzlich in der Sekundarstufe I aufgrund der demografischen Entwicklung die Schülerzahl langfristig um 1/5 zurückgehen wird. Er vertritt weiter die Ansicht, dass es nicht sinnvoll sei, wenn Schülerzahlen nicht ausreichen, das Schulsystem um eine Gemeinschaftsschule zu ergänzen, erst recht nicht unter Einbeziehung des Gymnasiums. Infolge der Abschaffung von bestehenden Schulformen würden die Privatschulen einen stärkeren Zulauf erhalten, so die Auffassung des Staatssekretärs.

Hier spricht der Bildungsfachmann:

Dr. Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung erläuterte auf dergleichen Veranstaltung, dass insbesondere Bildungsgänge mit Abituroption (Gymnasien und Gesamtschulen) nachgefragt werden. Hauptschulen und Realschulen würden durch dieses Schulwahlverhalten in Verbindung mit dem demografischen Wandel zunehmend in Bestandsnot geraten. Die Hauptschule sei als eigenständiger Bildungsgang nicht mehr zu halten. Die Gemeinschaftsschule habe den Vorteil, dass wohnungsnahe Angebote mit vollständiger Schulversorgung bereitgestellt werden könnten.

Mit einer Strukturreform kann erreicht werden, dass alle Abgänger der Grundschule aufgenommen werden können. Es ist dann Sache der Schule und ihres Schulträgers welche Variante der Binnenorganisation gewählt wird (additiv oder integriert). Bei Bedarf könne die Sekundarstufe I von der Sekundarstufe II entkoppelt werden. Darüber hinaus könnten sich gemeindeübergreifende Angebotsformen entwickeln.

Grundlage für eine entsprechende Strukturentscheidung der Kommune muss eine Elternbefragung sein.

Dafür setzt sich die SPD ein!

Im Positionspapier des Städte- und Gemeindebundes NRW aus 2008 zur "Entwicklung von Schulen" heißt es:

"Familien und Unternehmen zieht es dorthin, wo Gemeinden und Städte in Schulen, Kindergärten und Krippenplätze investieren. Eine wohnortnahe Beschulung stärkt den sozialen Zusammenhalt vor Ort und versetzt die Kommune in die Lage, eine aktive Bildungspolitik mit dem Ziel qualitativ hochwertiger und wettbewerbsfähiger Bildungsangebote mit einem lokal verankerten Schulprofil zu betreiben. [...]"

"Städte und Gemeinden ohne ein vollständiges Angebot weiterführender Schulen und Schulabschlüsse haben mit einem erheblichen Standortnachteil zu kämpfen. Lange Transportwege zu Schulen benachbarter Kommunen sind auch deshalb keine zukunftsfähige Lösung, weil lange Fahrzeiten in Verbindung mit einem Ausbau des Ganztagsunterrichts zu einer Überforderung der Schüler führen würden."

Jetzt sozial wählen! Bessere Politik für Oberberg & NRW.

"Ich werde in Düsseldorf für mehr Solidarität, sozialere Familienpolitik, gebührenfreie Bildung, Stärkung der kommunalen Haushalte und den Erhalt der Arbeitnehmerrechte kämpfen. Chancengleichheit ist ein Grundrecht." Dr. Roland Adelman



Am 9. Mai SPD wählen!

**Ihre Erststimme für
Dr. Roland Adelman**

Mehr Infos: www.roland-adelman.de



Ihre direkten
Ansprechpartner
in Morsbach:

Vorsitzender SPD Ortsverein Morsbach

Karl-Heinz Schramm, Hochstraße 6, 51597 Wallerhausen
Telefon/Telefax: (02294) 992662
E-Mail: karl-heinz.schramm@spd-morsbach.de

Vorsitzender SPD Ratsfraktion Morsbach

Rolf Petri, Auf dem Alzerberg 33, 51597 Morsbach
Telefon: 02294 1572
E-Mail: petri@spd-morsbach.de

Schwarz-Gelb regiertes NRW verweigert dringend erforderliche Hilfe

Leistungen für die Bürger brechen weg

Wuppertal, Essen, Duisburg, Solingen, Oberhausen und auch Morsbach müssen wegen leerer Kassen Leistungen kürzen und höhere Gebühren fordern.

Hilferufe bleiben bei Schwarz-Gelb ungehört. Das Land kommt seiner Verpflichtung zu einer stabilen Finanzierung der Kommunen nicht nach. Im Gegenteil, die angespannte finanzielle Situation wird noch verschärft. Sogar die Abschaffung der Gewerbesteuer wird diskutiert.

Es fehlt jedes Konzept!

Vor diesem Hintergrund der ruinösen Finanzlage fordert die SPD einen Rettungsschirm für die Kommunen und wird diesen bei gewonnener Wahl aufspannen:

- **Einnahmeausfälle der Kommunen durch die falsche Steuerpolitik der Bundesregierung ausgleichen**
- **Weitere Steuerausfälle verhindern. Höhere Kostenbeteiligung des Bundes bei den Unterkunftskosten bei Hartz IV**



Deshalb am 9.Mai:

**Ihre Zweitstimme für
Hannelore Kraft**

Auf ihrem Besuch der "Langen Nacht der Republik" im vergangenen Jahr konnten die Morsbacher Hannelore Kraft persönlich kennen lernen!

Zwischenruf

Steuererleichterungen nützen den Bürgern nicht viel, wenn es dafür keine ausreichende Kinderbetreuung gibt, die Gebühren steigen, Schulen und Straßen in einem schlechten Zustand sind und das örtliche Handwerk nicht mehr mit Investitionen gestärkt werden kann, so Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes

Die Koalition muss neben der versprochenen Steuerreform zusätzlich ab 2011 jährlich 10 Mrd. Euro einsparen, um die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Eine Antwort, wie das gelingen soll, ist sie bislang schuldig geblieben.

Vielleicht wird die Antwort so aussehen:



Gegendarstellung

In der letzten Ausgabe unseres politischen Gegners vom 14. April 2010 sind so viele Unwahrheiten enthalten, die richtig gestellt werden müssen:

- Die CDU hat die Gründung einer Gesamtschule mit allen Mitteln bekämpft und versteckt sich jetzt hinter (bestätigten) Zweifeln am Erreichen der Mindestanmeldezahl.
- Vorsätzlich und wider besseres Wissen wird immer wieder von einer "Einheitsschule" gesprochen. Die Schulformwahl will in Wahrheit die jetzige Landesregierung übernehmen.
- Es hat keine "dauerhaft nicht finanzierbare Wahlversprechen" gegeben. Es ist einzig und allein der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet, dass die Gemeinde Morsbach ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen muss.
- Benutzungsgebühren für die Turnhallen sind nicht Beschlusslage; einen sozialen Kahlschlag gibt es nicht.
- Die beantragte Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen wurde nicht abgelehnt.

Lassen Sie sich nicht vorschreiben, wen Sie mit der ersten und zweiten Stimme wählen. Die Wahl liegt in Ihren Händen!

NRW soll wieder sozialer werden!

„Rüttgers hat die Kommunen ausgeraubt - er muss abgestraft werden!“ sagt Klaus Wowereit.

Für die NRWSPD ist klar: Wenn sie am 9. Mai die Wahl gewinnt, wird sie die unsoziale Reform des Gesundheitssystems stoppen.

Dieses Land will den Wechsel!

Redaktion und verantwortlich im Sinne des Presserechts:

SPD Ortsverein Morsbach
Tobias Schneider
An der Seelhardt 19
51597 Morsbach
Telefon: (02294) 900047

Umsetzung:
ANDHORA-Design
Euelner Straße 6
51580 Reichshof
www.andhora-design.de